

Datum: 18. März 2013

Bürgerinitiative fordert «Schluss mit Fliegerei» in Bitburg

dpa

Der Plan, aus dem Flugplatz Bitburg einen internationalen Airport zu machen, ist gescheitert. Daher will der Eifelkreis über den Verkauf seiner Anteile entscheiden. Eine Bürgerinitiative fordert, dass das Kapitel Fliegerei ganz zugeschlagen wird.

Ein endgültiges Aus für die Fliegerei auf dem Flugplatz Bitburg fordert eine Bürgerinitiative aus den angrenzenden Eifelgemeinden. «Die Fliegerei blockiert einen Teil des Geländes, das für regenerative Energien, Industrie und Gewerbe genutzt werden könnte», sagte Ludwig Kewes vom Verein «Bürger gegen Nachtflug Bitburg» am Montag der Nachrichtenagentur dpa. Der Verein und mehrere Ortsbürgermeister haben für den Nachmittag zu einer Kundgebung vor der Kreisverwaltung in Bitburg aufgerufen. Dort wollte der Kreistag des Eifelkreises Bitburg-Prüm in einer Sondersitzung (17.00) über den Verkauf seiner Anteile an der Flugplatz Bitburg GmbH entscheiden.

Der Eifelkreis hält knapp 38 Prozent an dem ehemaligen US-Militärflugplatz. Anfang März war der Luxemburger Unternehmer Frank Lamparski als Hauptgesellschafter (gut 40 Prozent) aus der GmbH ausgeschlossen worden, weil er fällige Zahlungen nicht geleistet hatte. Lamparski hatte aus dem Eifel-Flugplatz einen internationalen Airport machen wollen. Am Flugplatz sind zudem noch die Stadt Bitburg (rund 16 Prozent) und zwei Privatfirmen beteiligt.

Eine Gruppe aus Unternehmern aus der Eifel hatte im Februar angekündigt, die Flugplatz Bitburg GmbH übernehmen und privatisieren zu wollen. Jene Interessengemeinschaft Flugplatz Bitburg soll sich zum Ziel gesetzt haben, die fliegerische Nutzung am Flugplatz weiterzubetreiben und die Infrastruktur aufrechtzuerhalten. Und zwar wie bisher: Mit Freizeit- und Geschäftsflügen. «Wir wollen den Lärm aber nicht mehr», sagte Kewes.

Das Wirtschaftsministerium in Mainz hatte bereits vor einem Jahr angekündigt, dass sie die Flugbetriebs- und Anschlussflächen des Flugplatzes für alternative Energien nutzen wolle. Derzeit läuft dazu eine Machbarkeitsstudie. «Es wäre ein Unding, die Ergebnisse der Studie nicht abzuwarten», sagte Kewes.

Der Beschlussvorschlag des Kreistags sieht vor, den Anteilsverkauf nach den Vorgaben europäischen Rechts auszuschreiben. Sollte es bis zum 15. Juni zu keinem Verkaufsvertrag gekommen sein, werde der Gesellschaftervertrag gekündigt, so der Vorschlag. «Die GmbH sollte schnellstmöglich aufgelöst werden, damit das Kapitel Fliegerei ein für alle mal geschlossen wird», sagte Kewes.

© volksfreund.de | Alle Rechte vorbehalten